

# Umsetzung der KVG-Revision benötigt noch viel Arbeit

JOËL GRANDCHAMP

**VADUZ.** Auch wenn die Abstimmung vom Sonntag über die Revision des Krankenversicherungsgesetzes knapp ausgegangen ist, wird die Umsetzung bereits von allen Beteiligten Parteien vorbereitet. «Es gilt nun, die Umsetzung der im Gesetz beschlossenen Änderungen vorzubereiten. Dies bedeutet vor allem, dass die jeweiligen Ausführungsverordnungen erarbeitet beziehungsweise finalisiert

werden müssen», sagt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini über die nächsten Schritte des Gesellschaftsministeriums bezüglich der KVG-Revision. Dies sei jedoch nur ein Teil der noch anstehenden Arbeiten, da die Revision insgesamt sehr viele Massnahmen beinhalte.

## Umstellung vorbereiten

Auch die liechtensteinischen Krankenkassen stehen nun vor der Aufgabe, die Umsetzung der Gesetzesanpassung und die Ein-

führung des Tarmeds vorzubereiten. Dazu gehört beispielsweise die Sicherstellung der technischen Umsetzung. Auch der Liechtensteinische Krankenkassenverband ist an der Umsetzung beteiligt und muss unter anderem mit der Ärztekammer und der Regierung die entsprechenden Rahmenbedingungen aushandeln.

## Analyse der Abstimmung

In der Gemeinde Triesenberg sei es bei den am Sonntag veröf-

fentlichen Wahlergebnissen zu einer Unregelmässigkeit gekommen, wie Triesenbergs Vorsteher Christoph Beck bestätigt. Diese Unregelmässigkeit könnte zur Folge haben, dass das Abstimmungsergebnis in Triesenberg von einem Nein zu einem knappen Ja umschlägt. Dadurch wäre auch im Oberland die KVG-Revision angenommen worden. Details dazu sollen im Laufe des heutigen Dienstags bekannt gegeben werden.

► INLAND 3

# Positiver Einfluss erwartet

Der knappe Volksentscheid über die Reform des Krankenversicherungsgesetzes beschäftigt Liechtenstein weiterhin. Während die Politik nun die Ausführungsverordnungen finalisieren muss, machen sich die Krankenkassen daran, die notwendigen Umstellungen vorzubereiten.

JOËL GRANDCHAMP

**VADUZ.** Der Volksentscheid vom Sonntag zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) fiel knapp aus. Dennoch bedeutet die Annahme, dass das revidierte KVG am 1. Januar 2017 in Kraft treten wird. Dies lässt den Beteiligten nicht viel mehr als ein Jahr Zeit, die Umstellung vorzubereiten. Für die Politik gilt es nun, die jeweiligen Ausführungsverordnungen zu erarbeiten und zu finalisieren. Zudem müssen Vorbereitungen für die Einführung des Tarmeds getroffen werden. «Insbesondere muss auf den 1. Januar 2017 ein Taxpunktwert festgelegt sein», sagt Regierungsrat Mauro Pedrazzini.

Weiters müssen die Bedarfsplanung erstellt und die Verträge mit den Leistungserbringern angepasst werden. «Dann gibt es einige Umstellungen bei der Prämienvergünstigung, welche umzusetzen sind, und zudem sind allerlei administrative Prozesse umzustellen oder anzupassen», so Pedrazzini. In der KVG-Revision seien sehr viele Massnahmen vorgesehen, welche ebenfalls umgesetzt werden müssen, damit sie die gewünschte Wirkung entfalten können. «Über die meisten Massnahmen wurde im Abstimmungskampf nie gesprochen, wahrscheinlich, weil sie unbestritten sind», sagt Pedrazzini.

## Reserven diskutieren

Während der Abstimmungsdiskussion kamen auch die Reserven der Krankenkassen zur Sprache. Dies sei ein Thema, welches sicher noch angesprochen werde. «Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten, welche wir prüfen wollen. Heute betragen die Reserven zwischen drei und vier Monatsausgaben. Ich bin nicht der Ansicht, dass das komplett übertrieben ist. Die Abstimmungsgegner denken offenbar, dass viel weniger als drei bis vier Monatsausgaben auch reichen», sagt Pedrazzini. Die Reserven hätten verschiedene Zwecke: sie würden Prognosefehler in der Kostenentwicklung ausgleichen und müssten auch in speziellen Notsituationen das Funktionieren der Krankenversicherung sicherstellen. «Wir müssen uns anschauen, welche Reservenhöhe für diese Zwecke benötigt wird beziehungsweise ausreichend ist», so Pedrazzini.

Der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) bestätigt, dass die Höhe der Reserven in einem Gespräch mit der Regierung diskutiert werden müsse. «Die Reservenpolitik ist



Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini rechnet aufgrund der angenommenen KVG-Revision mit Prämienvergünstigungen für Versicherte.



Bild: Archiv/Daniel Schwendener

Thomas Hasler, Geschäftsführer LKV, rechnet mit positiven Auswirkungen auf die Prämienentwicklung.

Sache der einzelnen Krankenversicherungen. Sie stellen jeweils so viel als Reserve zurück, wie sie zur finanziellen Absicherung der Gesundheitsleistungen benötigen», sagt Thomas Hasler, Geschäftsführer des LKV. Es habe während der Diskussion zur KVG-Revision Stimmen gegeben, die eine hohe finanzielle Sicherheit befürwortet hätten, jedoch auch solche, welche die Reserven als zu hoch empfunden haben. «Fakt ist, die Krankenversicherer haben gerade einmal drei Monatsausgaben als Reserven zurückgestellt, die AHV elf Jahresausgaben», sagt Hasler.

## Positive Auswirkungen

Auch die Krankenkassen hätten noch einiges an Arbeit vor sich. «Die Krankenversicherer müssen unter anderem die technische Umsetzung des Tarmeds und der höheren Kostenbeteiligung beziehungsweise freiwilligen Kostenbeteiligung auf den 1. Januar 2017 sicherstellen», sagt Hasler. Die LKV selbst habe

die Rahmenbedingungen gemeinsam mit der Ärztekammer und der Regierung – beispielsweise den Taxpunktwert und die neuen OK-Verträge – auszuhandeln sowie die Schulung der Mitarbeiter der Krankenversicherer vorzunehmen. «Wir haben jetzt ein Jahr Zeit, die nötigen Änderungen vorzunehmen. Wenn wir die Umsetzung zügig an die Hand nehmen, sollte sie bis zum Jahresende gut zu schaffen sein», sagt Hasler. Änderungen, die sich gemäss dem Geschäftsführer des LKV auch für die Versicherten lohnen: «Die KVG-Revision wird einen positiven Einfluss auf die Prämienentwicklung haben.» Gesundheitsminister Pedrazzini erwartet aufgrund der Revision sogar eine Reduktion der Krankenkassenprämien und antwortet mit einem klaren Ja auf eine entsprechende Frage.

Trotz der vielen noch abzuschliessenden Arbeiten ist auch Mauro Pedrazzini zuversichtlich, dass die Termine eingehalten werden können. «Es wird sicher viel Arbeit zu leisten sein für die



Bild: Archiv/Daniel Ospelt

Politologe Christian Frommelt sieht die Komplexität des Themas als ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung.

Umsetzung der KVG-Revision. Genau deshalb wurden die Arbeiten in den Übergangsbestimmungen gestaffelt.» Es muss also nicht alles bis zum 1. Januar 2017 umgesetzt werden. Die Erleichterung bei der Prämienverbilligung für Ehepaare soll beispielsweise bereits im Jahr 2016 angewendet werden, die Verträge der Ärzte gelten jedoch noch bis Ende 2017.

## Sparkurs dämpfen

Wenn ein Arzt bis zu diesem Zeitpunkt hin seinen Vertrag nicht an das neue Recht anpasst, verliert er seine Zulassung. Diese Änderungspflicht hat den Vorteil, dass neu auch Teilzeit-OKP-Verträge eingeführt werden können. «Im Bereich der Hausarzt-Versorgung besteht derzeit das Problem, dass ältere Ärzte gerne kürzertreten und ihre Praxis langsam einem Nachfolger übergeben möchten. Es ist aber derzeit nicht möglich, Teilzeitpensiven zu vergeben. Entweder hat man einen OKP-Vertrag oder nicht», so Pedrazzini. Die Be-

darfsplanung soll sich mit den Teilzeitverträgen nicht mehr nach der Anzahl der Verträge, sondern nach dem benötigten Gesamtspensum richten.

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses und der Reaktionen im Landtag will Mauro Pedrazzini den Sparkurs der Regierung hinsichtlich der **AHV-Reform** eventuell etwas dämpfen: «Die erste Lesung im Landtag hat gezeigt, dass der Staatsbeitrag höher als bei 20 Millionen Franken anzusetzen sein wird. Wir werden zusammen mit Landtagsabgeordneten jeder Fraktion auf die zweite Lesung hin versuchen, eine mehrheitsfähige Lösung zu erarbeiten.»

## Ergebnisse analysieren

Das Abstimmungsergebnis wird noch diese Woche vom Liechtenstein-Institut untersucht. «Das Forschungsinstitut Demo Scope wird diese Woche im Auftrag des Liechtenstein-Instituts eine Telefonbefragung durchführen», sagt Christian Frommelt, Forschungsbeauftragter Politik-

wissenschaft am Liechtenstein-Institut. Die geringe Wahlbeteiligung war für Frommelt aufgrund der komplexen Fragestellung wenig überraschend. «Aber auch der Abstimmungstermin könnte einen Einfluss gehabt haben», sagt Frommelt.

Zu den unterschiedlichen Ergebnissen zwischen Unter- und Oberland könne man erst nach einer Abstimmungsbefragung Genaueres sagen. Solche Unterschiede seien selten, habe es aber bereits beim Initiativbegehren «WinWin50» gegeben. «Allerdings stammt die grosse Mehrheit des Initiativkomitees FL21 aus dem Oberland, was vielleicht eine stärkere Mobilisierung bewirkte. Denkbar ist auch ein parteipolitischer Einfluss», so Frommelt. Die Freie Liste, welche die KVG-Revision ebenfalls abgelehnt hat, sei im Oberland traditionell etwas stärker.

Auch bezüglich der Gründe für die vielen Neinstimmen könne erst nach der Telefonbefragung Genaueres gesagt werden. «Traditionell übt die direkte und indirekte Betroffenheit einen grossen Einfluss auf das Stimmverhalten aus», sagt Frommelt. Bei der KVG-Vorlage sei dies bei Personen, die im Gesundheitsbereich tätig sind, der Fall, aber auch bei Senioren oder anderen Gruppen, an welche sich die Sparmassnahmen richteten. «Ferner gehe ich davon aus, dass auch das Vertrauen in die Politik einen Einfluss auf das Stimmverhalten hatte. Demnach ist das Vertrauen der Gegner der KVG-Revision in Regierung, Landtag und Parteien wohl geringer als bei den Befürwortern», sagt Frommelt. Inwieweit dies jedoch als ein Protest gegen den Sparkurs der Regierung gedeutet werden kann, werde die Telefonbefragung zeigen.

## Technische Hilfsmittel

Für einen Schmunzler am Abstimmungssonntag sorgte die Gemeinde Ruggell, welche sich mehr Zeit als gewöhnlich mit dem Auszählen liess. Dies habe nicht daran gelegen, dass es Probleme beim Auszählen gegeben habe, versichert Christian Öhri, Leiter der Gemeindeganzlei Ruggell. Es lag vielmehr daran, dass die Stimmen im Gegensatz zu anderen Gemeinden noch ohne technische Hilfsmittel gezählt wurden. «Ich habe bereits den Auftrag erhalten, eine Anschaffung von technischen Hilfsmitteln abzuklären», sagt Öhri. Dabei könne es sich um automatische Brieföffner oder um Zählmaschinen handeln.

nahme der Freien Liste in den Landeszeitungen vom letzten Samstag – beim Thema Verteilung der Steuerlasten im Lande, «dass vom Kind mit seinem Taschengeld bis zum Senior alle in Liechtenstein Steuern zahlen». In Form der Mehrwertsteuer nämlich, wie sie absolut korrekt festhält.

Damit sich diese Tatsache auch in unseren Köpfen festsetzt, müssen dann u. a. auch noch die **IV-Rentnerinnen, die AHV-Rentner** und die Schüler sowie die Alleinerziehenden zur Illustration dieses Sachverhalts beitragen. Zwar bezahlt, trotz der indirekten Mehrwertsteuer, immer noch ein ansehnlicher Teil der erwerbstätigen Bevölkerung keine bzw. minimale direkte Steuern, trotzdem zieht die Freie Liste den Schluss, dass im gegenwärtigen System somit niemanden profitiert, d. h. niemand einen Vorteil hat (ausser Richie Reich natürlich!). Etwas gewagt als Schlussfolgerung.

Schade ist aber vor allem, dass die Freie Liste ihre an und für sich lobenswerte Gesamtbetrachtung an dieser Stelle abbricht. Dabei sollte man zu diesem Thema ehrlicherweise doch auch kommunizieren, dass viele Haushalte, die Steuern – welcher Art auch immer – bezahlen, andererseits wieder Transferzahlungen erhalten und manche über sie mehr einnehmen, als sie Steuern bezahlen.

Wenn man über die Verteilung der Steuerlasten im Lande debattiert, sollte man sich eigentlich auch zu einer Gruppe äussern, die man landläufig mit dem Begriff «Nettosteuerzahler» bezeichnet. Oder müssen wir hier bewusst ausblenden, weil sonst ein Wahlkampfthema der sozialistischen Partei, der Freie Liste, auf der Stelle tot umfallen würde?

**Hans Mechnig**

Tröxlegass 46, Schaan

## Bewusst ausblenden kann jeder

«Bewusst ausgeblendet» wird –  
nach Meinung und Stellung-